

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 20 Pf. — Durch Verkäufer oder durch die Post: monatlich 2,00 Mk.,
vierteljährlich 6,00 Mk. frei ins Haus.

Postfachkonto Nr. 22885
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die gespartene Kolonnenzeile über deren Raum 1 25 Pf., anwärts 1,50 Pf.
Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Verträge und Besondereanzeigen 0,60 Pf.
Wellaure: Die Reklamazeile, dreigesparten über deren Raum, hinter Text 2,- Pf.

Politische Uebersicht.

Märchen.

Die berühmte zuständige Stelle (Staatskommissariat für öffentliche Ordnung, Staatsanwalt Weismann) hat der bürgerlichen Presse mitgeteilt, daß die preussische Regierung Kenntnis von furchtbaren Umsturzplänen der furchtbaren Kommunisten habe. Sobald wie möglich soll die deutsche Räterepublik errichtet werden und zwar (wie schrecklich!) gewaltsam. Die Zeitung des Putsches soll in den Händen der Kommunistenführer Schnellbacher-Haynau, Dr. E. Meyer-Berlin u. a. liegen. Es soll dann ein furchtbarer Terror gegen die Bourgeoisie und die S. P. D. ausgeübt werden. Es soll... ach, der Staatsanwalt Weismann soll die deutsche Öffentlichkeit endlich mit seinen biblischen Märchen der Kommunisten in Ruhe lassen. Aber die Bourgeoisie braucht Stoff für die Wahlagitation, und Herr Weismann ist ja ihr Beauftragter!

Wahlerfolge der U. S. P. D.

Brandenburg.

Die Landtagswahlen in Brandenburg brachten der Unabhängigen Sozialdemokratie einen glänzenden Erfolg. Sie erhielt 23 Mandate gegen bisher 14. Die Rechtssozialisten bekamen 8 Mandate gegen bisher 17, die Demokraten 6 gegen bisher 13 und die Rechtsparteien 23 Sitze gegen bisher 16. Die Kommunisten erhielten etwa 2000 Stimmen, die nicht genügen zur Sicherung eines Mandats. Das Resultat ist ein gutes Vorzeichen für die Reichstagswahlen. Die Unabhängige Sozialdemokratie bucht einen Gewinn von 80 Prozent, die Rechtsparteien verzeichnen einen Zuwachs von 40 Prozent, während die Rechtssozialisten und Demokraten über 50 Prozent ihres früheren Bestandes erlitten.

Danzig.

Bei den am Sonntag stattgefundenen Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung der freien Stadt Danzig wurden Stimmen abgegeben: für die Unabhängige Sozialdemokratie 26 345 Stimmen, Demokraten 42 259 Stimmen, Rechtssozialisten 23 706 Stimmen, Freie wirtschaftliche Vereinigung 14 759 Stimmen, Zentrumspartei 21 128 Stimmen, Deutschdemokraten 13 342 Stimmen, Polen 9400 Stimmen.

Mecklenburg-Strelitz.

Am 16. Mai fanden die Wahlen zum Landtage in Mecklenburg-Strelitz statt, die folgendes Ergebnis zeigten: Handwerker 4 Sitze, Wirtschaftsbund 10 Sitze, Demokraten 5 Sitze, Rechtssozialisten 15 Sitze, Unabhängige Sozialdemokraten 1 Sitze. Handwerker und Wirtschaftsbund sind deutschnational orientierte, mittelständische Organisationen. Unsere Partei, die erst im Herbst vergangenen Jahres ihre Arbeit in Mecklenburg-Strelitz aufnehmen konnte, war im vorhergehenden Landtag überhaupt nicht vertreten.

Mecklenburg, das Eldorado der Kappisten.

Die „P. P. N.“ erfahren, daß in Schwerin ein politisches Geheimbüro des Stabes Lettow-Vorbeck ausgebaut wurde. Ferner wurde auf verschiedenen Gütern in der Nähe von Bülow eine große Menge Waffen und Munition und Flugzeugteile beschlagnahmt.

Was ist mit den Verschwörern geschehen?

Streik.

Die Telegraphenarbeiter Groß-Berlins traten Montag vormittag in Streik.

Meutereien im polnischen Heere.

Unter verschiedenen gallizischen Regimentern ist eine Meuterei ausgebrochen; die Soldaten haben Lederzeug und Gewehre an jüdische Händler verkauft. Die bolschewistische Front ist zum großen Teil umgruppiert. Zwischen militärischen und politischen Führern sollen große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die polnische Ostfront muß erhebliche Verluste gehabt haben, da die Umsiedlungen im ganzen Lande fortauern. Die Ausstattung in den Retruendepots ist äußerst mangelhaft; die Leute machen zum großen Teil in Zivil und ohne Schutze Dienst. Ähnliche

Zustände bestehen auch bei den übrigen Ersatzformationen. Die in Czernochau liegende Infanterie und Artillerie ist abtransportiert.

Sowjetrußland und Japan.

Der japanische Minister des Auswärtigen hat über die Vorschläge der Sowjetregierung eine ausführliche Erklärung abgegeben. Die Vorschläge enthalten die Bildung eines neuen russischen Reiches, der Sowjetrußland von der Nordmandschurei, China und den maritimen Provinzen trennen würde, wodurch Japan einen doppelten Puffer erhielt. Dieser neue Pufferstaat würde „Transbaikalien“ genannt werden und seine Grenzen würden sich bis zur chinesischen Nordgrenze und zum Baltischen Meer hinziehen. — Die Feindseligkeiten dürften demnächst eingestellt werden.

Die Revolution und die Herrschaft der Arbeiter im November 1918 verkündete mit Gesetzeskraft:

Die Aufhebung des Belagerungszustandes. Das Vereins- und Versammlungsrecht auch für Beamte und Staatsarbeiter. Die Aufhebung der Zensur. Freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift. Die Freiheit der Religionsübung. Amnestie für alle politischen Straftaten. Das Wahlrecht für Männer und Frauen. Die Aufhebung der Geschlechtsordnung und der Ausnahme-gesetze gegen die Landarbeiter.

Die Revolution beendigte den Krieg, der 35 Millionen Menschen das Leben kostete.

Die bürgerliche Demokratie und die kapitalistische Reaktion brachte dem Volke:

Den Belagerungszustand über weite Gebiete des Reiches, der sich ausbreitete gegen die Arbeiter richtete. Zensur und Zeitungsverbote gegen die Arbeiterpresse. Todesurteile gegen sozialistische Arbeiter. Mord an Arbeiterführern. Einfrierung von Tausenden von Arbeitern. Harte Strafen gegen freilebende Arbeiter. Zwangsarbeit im Interesse der kapitalistischen Ausbeuter. Aufriechtung eines neuen Militarismus. Mörderzentralen gegen die Arbeiter. Spitzeltum und Provokation. Rüstungen zu neuem Kriege. Hunger und Elend durch die von der Regierung geschickten Wucherer und Ausbeuter.

Arbeiterinnen und Arbeiter, vergleicht, was Euch die Revolution und die Herrschaft der Arbeiter im November brachte mit den „Segnungen“ der bürgerlichen Demokratie, der kapitalistischen Reaktion.

Das werktätige Volk darf am 6. Juni keine Stimme den bürgerlichen Parteien und ihren Zuhältern, keine Stimme der Reaktion geben.

Alle Stimmen müssen sich vereinigen auf die Liste der U. S. P. D. für Niederschlesien: Kemitz-Biegler, für Mittelschlesien: Gruschwitz-Müller.

Sowjetrepublik Aserbeidschan.

Baku. Die „Daily Mail“ meldet aus Baku, daß dort bei der Besetzung der Stadt durch die roten Truppen die Sowjetrepublik Aserbeidschan proklamiert worden ist. In einem Telegramm an Lenin teilt die neue Regierung mit, daß sie mit der Entente jedwede Beziehungen abgebrochen habe und daß sie gewillt ist, zusammen mit der russischen Sowjetrepublik den westlichen Imperialismus zu bekämpfen.

Die irische Bewegung.

London. Die Blätter melden, daß in ganz Irland die Polizeistationen und Steuerbüros planmäßig angegriffen und in den meisten Fällen eingeschert werden, und zwar in einem Umfang, wie es bisher noch nie der Fall war.

Der Riesenstreik

in Frankreich dauert an. Das Vorgehen der Regierung gegen die Arbeiterführer hat sich verschärft.

Lüttwitz der Sieger.

Unter dieser Ueberschrift schreibt H. v. Gerlach in der „Welt am Montag“:

Der Sonderberichterstatter des „S. Z.“ in Bayern meldete kürzlich, daß die Wittelsbacher nach Bayern zurückgerufen worden wären, wenn sich Kapp-Lüttwitz nur ein paar Tage länger in Berlin gehalten hätten.

Die Wittelsbacher regieren noch nicht wieder in München, aber die Wittelsbachererei hat in Bayern seit dem 13. März offen ihre Herrschaft angetreten. Der bayerische Kapp ist Dr. Heim, der bayerische Lüttwitz ist General v. Wölfl. Was die Herren von den preussischen Rautschken unterscheidet, ist nur, daß sie schlauer sind. Sie haben völlig „gefehmäßig“

den verbündeten Militarismus und Kapitalismus mit monarchistischem Hintergrund ans Ruder gebracht. Der Ministerpräsident, der protektionistisch-konservative Herr v. Kahr, ist lediglich ihr Instrument.

Bayern ist die Hochburg der deutschen Reaktion geworden. Hier können die zaristischen Hochverräter lächelnd ihre Betrachtungen über die Bedeutung eines Stedtriefes in der deutschen Republik anstellen. Hier können die Baltikurer sich von den Strapazen des letzten Bürgerkrieges erholen und falsche Kräfte für den neuen Kampf sammeln. Hier wütet der Belagerungszustand mit einer

Schärfe gegen links, die sich in den willkürlichsten Verhaftungen und Verböten äußert, die z. B. durch das zeitlich unbegrenzte Verbot des Münchener Organs der Unabhängigen eine ganze große Partei für den Wahlkampf einfach mundtot zu machen versucht. Hier hat in dem Münchener Polizeipräsidenten Pöchner Herr v. Jagow fröhliche Urständ erlebt. Hier findet man in jedem Nest Plakate für die „Bayerische Königspartei“ und ihr Organ, den „Bayerischen Königsboten“. Hier sind sogar die zahllosen Rechtssozialisten, die einst das Todesurteil gegen Leviné ruhig vollstrecken ließen, aus der Regierung ausgemerzt. Allerdings — die „Demokraten“ machen noch mit! Aber welcher Couleur diese Schuttschilde der bayerischen Reaktion sind, dafür spricht die Tatsache, daß sie den bisherigen Abgeordneten Quibbe wegen seines wirklich nicht extremen Pazifismus aus ihrer Kandidatenliste ausgemerzt haben.

In Bayern ist die Reaktion offiziell am Ruder, im übrigen Deutschland ist sie angeblich besiegt. Ein siegreicher Besiegter!

Im Ruhrrevier wütet der weiße Schrecken. Das Militär ist allmächtig. Dank dem Moskismus haben wir ja noch immer die Militärjustiz. Diese mörderische Maschine ist nicht nur noch da, sie läuft wie mit Vertrießöl geschmiert. Wehe denen, die nach dem 13. März den rebellischen Freikorps die Waffen abnahmen, um sie zum Schutz der Republik zu gebrauchen! Die außerordentlichen Kriegengerichte, gegen deren Urteile es keine Berufung gibt, arbeiten so englos, daß die Schreiber mit der Feder oder der Maschine nicht mehr mitkommen können. Deshalb werden die Urteilsbegründungen gedruckt in Massen hergestellt. Täglich werden Dutzende, manchmal vielleicht Hunderte von Arbeitern, Angehörigen usw. zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt. Gelingt es nicht, so werden auch ein Todesurteil vor, das dann Reichspräsident Ebert prompt vollzieht, obwohl er meines Wissens noch nicht aus der sozialdemokratischen Partei ausgestiegen ist, deren Programm vor jeder die Todesstrafe verwarf.

Ueber das Grauenhafte, was seit vielen Wochen im Ruhrrevier vor sich geht, erfährt man aus der bürgerlichen Presse fast nichts. Die hat ja zum allergrößten Teil nur Raum für die blöden Spitzelmeldungen über angeblich geplante Kommunistenputsche, aber nie für die blutigsten Tatsachen der militärischen Gewalttätigkeit. Wer sich unterrichten will, muß schon zur sozialistischen Presse greifen. Dabei scheide ich die Organe der Unabhängigen von vornherein aus, da sie der brave Durchschnittsbürger als „befangen“ ablehnen würde. Aber man braucht nur die rechtssozialistische „Essener „Arbeiter-Zeitung“ zu lesen, um von der Menschheit ganzem Jammer angepaßt zu werden. Geradezu entsetzlich ist es, wie oft jetzt auch im Ruhrrevier verhaftete Leute „auf der Flucht“ erschossen werden. Von vielen Fällen greife ich nur einen heraus:

Der Straßenbahnführer Max Maurer in Bottrop hat ohne sein Verschulden eine Karambolage mit einem Gewagen der Reichswehr, wobei leider ein Reichswehrsoldat verletzt wird. Maurer wird nachts um 2 Uhr von Soldaten aus seiner Wohnung geholt. Um 4 Uhr findet man ihn erschossen. Die Reichswehr erklärt, er habe flüchten wollen und sei auf der Flucht erschossen worden. Dabei weiß die Leiche vier Schüsse von vorn und nur einen von hinten auf!

Liebstecht „floh“, Dorenbach „floh“, Sojowski und seine Genossen in Spandau „flogen“, die 15 Ermordeten von Thal i. Thür. „flogen“, — alle, alle der monarchistischen Reaktion Unbequemten sind so blöde, zu „fliehen“, obwohl sie doch nachgerade wissen müßten, daß es kein sicheres Mittel gibt, aus einer Angel in die Draht zu bekommen, als wenn man dem Feinde den Rücken zulehrt.

Ein Demokrat aus Essen schreibt mir, daß es dort wegen der schauerlichen Wirklichkeit des weißen Terrors unter den Arbeitern zu gären anfange. Ist's ein Wunder? Die Leute sind doch keine Lämmer, die sich gedulbig zur Schlachtkanal führen lassen. Kein anständiger Arbeiter wird sich bagieren lassen, daß Plünderer und andere unlautere Elemente, die in den Kapptagen Missetaten begangen haben, mit aller Strenge abgeurteilt werden. Aber mit heißer Empörung lehnen sie sich auf gegen eine politische Militärjustiz, die in jenen Arbeitern Verbrecher sieht, die sich bewaffnet hatten, um gegen die bewaffneten Verbrecher von rechts die Republik zu schützen.

Zumal wenn sie sehen, daß die Justiz gegen links ebenso prompt und blutig, wie gegen rechts (langsam und milde) ist. Tausende von Arbeitern sind bereits abgemerzt. Ist gegen einen einzigen der Kapptageverbrecher bisher verhandelt worden? Fast alle erstarren sich ja noch der goldenen Freiheit. Innerer sogar, wie der Kapitän Ehrhardt, sich interviolen lassen und mit fremden Beamten die Regierung veranlassen. Was macht die

Unterfuchung gegen die Mörder des Pazifisten Futran? Was geschieht zur Aufklärung des Verschwindens des Rebellen Schottlaender in Breslau? Wer trägt die Schuld an der Ermordung der 15 Arbeiter in Thal i. Thür.? Wo bleibt die Sühne für die unzähligen Verbrechen der Kapplage?

Lüttwiz mußte fliehen, aber die Sache Lüttwizens triumphiert.

Die Armee wird gesäubert — von Republikanern. Die Freikorps werden aufgelöst — um unter neuen Namen wieder aufzuerstehen.

Das Heer soll verkleinert werden. Aber die Werbungen blühen nach wie vor, in Leipzig, Magdeburg, sogar in Berlin auf dem Friedrichstrassen-Bahnhof, allenthalben. In Freiburg i. B. hatte das dortige deutsch-nationale Blatt sogar die Stirn, ausgerechnet am 1. Mai einen Werbeauftrag für die berühmte Marinebrigade Löwenfeld zu bringen. Herr G. hat allerdings eben die Werbungen verboten. Das wiederholte gleiche Verbot des Reichswehrministeriums ist das wohl? „Immer mal wieder!“ würde Heinrich Manns Professor Linat sagen.

In Döberitz stellt man „zum Schutz der Republik“ eine Musterbrigade zusammen, aus lauter „zuverlässigen“ Truppenteilen. Wo sind die republikanischen Offiziere dieser Musterbrigade? Herr v. Lüttwiz selbst hätte die Brigade nicht viel anders zusammenstellen können.

Nach Waffen sucht man — zumeist bei Arbeitern. Hier und da findet man auch den Stiel einer Handgranate, manchmal sogar ein wirkliches Gewehr. Massenweise aber ruhen die Waffen bei gewissen monarchistischen Großgrundbesitzern und ihren Gefinnungsgenossen. Findet zufällig bei denen eine Hausdurchsuchung statt, dann lohnt es sich wenigstens. Auf Rügen wurden ein paar tausend Gewehre, ein paar Hundert Maschinengewehre entdeckt. Aus Mecklenburg-Schwerin berichtet der republikanische Oberst Lange, daß dort bei dem Grafen Bassow und anderen von ihm namentlich angeführten Agariern je 750 Gewehre lagerten. Bei Herrn Döthe auf Wachsenow unfern Berlin waren es gar 2000. In einer feinen Villa in Westend ruhten 140 Gewehre, Rifflin mit Handgranaten, Munition, Stahlhelme usw. Auf dem Rittergut Oberglauche des Kappisten v. Kessel standen gar in einer verlassenen Ziegelei fünf Geschütze. Nach der Erklärung der Militärbehörde waren sie von Baltikumern dort „vergeffen“ worden. Heh! Andere Leute lassen aus Versehen Regenschirme stehen, die wackeren Baltikumer aber Kanonen.

Und was geschieht mit den Personen, bei denen man Waffen findet? Sind es Arbeiter im Ruhrrevier, so werden sie schleunigst vom Kriegsgericht verurteilt. Sind es Herren von rechts, so werden sie, wie in dem Weisender Fall, vernommen und alsbald wieder entlassen. Damit scheint der Fall erledigt. Genau wie man es mit den Baltikumern aus meiner Versammlung vom 20. Februar machte.

Ein Narr, wer Sühne erwartet. Ja, es ist fürwahr eine Lust, in Deutschland zu leben — wenn man monarchistischer Verschwörer ist. Weniger lustig ist es, wenn man Republikaner ist, zumal man als solcher im Heere der Republik dient oder dienen möchte.

Einen geradezu erschütternden Eindruck macht die Lektüre der „Nachrichten des Republikanischen Führerbundes“. In diesem Bunde sitzen Männer, die nicht bloß Republikaner sind, sondern auch den Mut haben, es zu sagen. Sie könnten das Heer der Republik mit republikanischem Geiste durchdringen. Aber sie gerade wurden unter Noske zugunsten der Lüttwiz und seiner Leute an die Wand gedrückt. Und unter Noskes Nachfolger scheint es nicht viel besser zu sein. In den Kapplagen hat der Republikanische Führerbund seine ganze Kraft für die Republik eingesetzt. Und der Dank dafür? Etwa 500 Mitglieder des Bundes wurden auf die Straße geworfen, etwa 100 verhaftet, befinden sich teilweise noch heute im Haft!

Herr v. Lüttwiz aber, der heftiglich verfolgte Hochverräter, sitzt irgendwo in wohliger Sicherheit und philosophiert: Warum mußte ich eigentlich Berlin verlassen, wenn man in Berlin doch meine Militärpolitik jorkigt? Na, mein Tag wird ja noch kommen. Der Tag des Gerichts — für die anderen! Denn die Regierung — daß Gott erbarm!

Aus dem internationalen Nebel.

(Fortsetzung.)

II.

II. Von dem Zeitpunkt an, da dies deutlich ward, beginnt „Strömungen“ in der internationalen Politik zu „erwachen“. Anfangs war die Stellung der vorgeschobenen Leute sehr zweifelhaft. Die eigentliche Macht lag rechts (Soldaten) und links (Masse) von der Regierung, so daß ihre Lebensfähigkeit recht zweifelhaft erschien. Der 13. Januar und der 13. März waren nötig, um dem Ausland die Haltbarkeit der Oberlinie zu zeigen. Erstens in Deutschland wieder distanzabel, ist es nicht mehr nötig, gefährlich zu distanzieren, können Englands, Frankreichs und Italiens Vertreter wieder an die Regierung ihrer Geschäfte treten. England kann seine Schulden an Amerika nicht zahlen, also nicht zur „Schnaubung“ kommen, bevor es die von ihm an die Plebejanen geliehenen Summen zurück hat. Die bekommt es aber erst nach der Samierung, die ohne Prüfung des Zentrums (Deutschland), ohne die Wiederherstellung der deutschen Kaufkraft also, nicht denkbar ist. Demnach sagt Herr Lloyd George sehr richtig, das Loch muß zuerst dort zugestrichelt werden, wo es am tiefsten ist, sonst reißt egal der ganze Rand nach.

Wissen denn je ungefähr dasselbe. Es fängt die Konzentration Frankreichs. Frankreich hat, sobald Deutschland sich ein klein bißchen erholt, trotz aller Kriegsschuldungen wirtschaftlich aufgeholt und damit würde Herr Lloyd & Co. es sein.

Amerika hat die Krämpfe. Praktische Politik und die Herstellung der „Wahrheit“, die sich dort Demokratie nennt, war immer eine Angelegenheit der Trußleute. Das Volk war, weil es seine Machtlosigkeit einsah, politisch ziemlich gleichgültig geworden. Wilsons Wahl aber war der erste Schreckschuß, der den Trußgewaltigen in die Ohren gellte. Sie konnten ihn noch unterbringen, aber dieser verfluchte Krieg, der dazu kam, mit seinen ungeheuren Machtvollkommenheiten in der Hand des Präsidenten, der führte außer der Beschneidung gewisser Kampfmittel obendrein noch zur Neubildung eines proletarischen Klassenbewußtseins. Und die Sozialisten spürten sehr rasch die Richtung aus, die Entfaltungsmöglichkeiten. Seitdem gibt es wieder Hoffnung, wieder Politik. Die Kräfte sind in die Defensive gedrängt, das Volk beginnt immer mehr zu erwachen, die Kampfführung gegen die Sozialisten wird immer brutaler und verlogener, die Entwicklung immer rapider. Amerika erwacht aus der politischen Narose, und die gemeinste und stärkste Kapitalistenklasse wehrt sich immer verzweifelter. Das Proletariat aber wächst und mit ihm seine Macht. Man begreift, daß der Abwehrkampf international geführt werden muß.

Polens Verlegenheiten im Innern drängten die intellektuell erbärmlichen polnischen Politiker nach außen. Die Hallerarmee lag gebrauchsfertig. Belagerungszustand und Standrecht mußte bemantelt werden. Westeuropäisches Kapital war zu haben: also Krieg gegen Rußland. Englands Kapitalisten finanzierten das Projekt als einen Kampf gegen den Sozialismus, deshalb floß amerikanisches Kapital in die Wahlkassen deutscher Reaktionsparteien — als Kampfmittel gegen die amerikanischen Sozialisten, deren erster Sieg auch im Ruhrrevier angesprochen werden könnte. Das amerikanische Kapital konnte in dem Salataloch müheles in die deutsche Industrie eindringen. Die Fäden spielen überall von Land zu Land und die proletarischen Organisationen finden noch immer nicht den Weg nach Moskau. Inzwischen sitzt Herr Mannerheim, Schlächter von 70 000 finnischen Proletariern, in Berlin und versucht amerikanische, englische, deutsche und ungarische Schwertkapitalisten zur Konzentration ihrer Kräfte zu bewegen. Der Ausbau der Deutschen Volkspartei ist ein auf parlamentarischen Kampf im Zentrum eingeleitetes Vorprodukt. Die erste Linie Finnland—Baltikum—Polen—Rumänien—Ungarn wird angestrebt, um das Zentrum von der ersten und wichtigsten sozialistischen Militärmacht abzuschneiden, der Japan in den Rücken zu fallen hat. Die inneren Kämpfe werden lediglich als Vorspiele gewertet. Ein großzügiger Aufmarsch setzt großzügige Verschleierung voraus. Und die wird von den inneren Kräftehaltungen der Sozialisten der Einzelsänder bedroht. Wenn der Schleier zerfällt, ist das ganze Spiel verloren. Deshalb läßt man sich die Erzielung bürgerlicher Mehrheiten jede beliebige Summe kosten (Deutsche Volkspartei). Wo man sie nicht erreichen kann, muß man sich allerdings mit den Reformsozialisten begnügen, mit den Proletariatsführern aus Papiermache und ihren Gehirnen aus Kartoffelmehl. (Fortsetzung folgt.)

Republik Deutschland

Das Existenzminimum im April.

Nach einer Berechnung von Dr. R. Kaczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, ergab sich als wöchentliches Existenzminimum für den April 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ghepaar	Ghepaar mit 2 Kindern
Ernährung	70 M.	110 M.	150 M.
Wohnung	9 „	9 „	9 „
Heizung, Beleuchtung	22 „	22 „	22 „
Bekleidung	48 „	80 „	112 „
Sonstiges	37 „	55 „	73 „
	186 M.	276 M.	366 M.

Im Februar 1920 betragen die Zahlen 133 M., 196 M., 256 M.

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im April 1920 für einen alleinlebenden Mann 31 M., für ein kinderloses Ehepaar 46 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6—10 Jahren 61 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 9700 M., für das kinderlose Ehepaar 14400 M., für das Ehepaar mit 2 Kindern 19100 M.

Nach den Kosten im Februar war ein jährlicher Mindestverdienst für einen Mann von 6950 M., für ein kinderloses Ehepaar von 10200 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern 13500 M. erforderlich.

Die Vergleichszahlen zwischen Februar und April zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie schnell die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt wird, wenn es kann gar keine Rede davon sein, daß die Löhne in entsprechender Weise steigen wären.

Scheidemann, Müller.

In einer rechtssozialistischen Wählerversammlung in Frankfurt a. M. sprach Scheidemann. Nach dem Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ betonte er:

„Daß für jeden Sozialdemokraten die Internationale zwar ihre hohe Bedeutung behalten habe, höher als sie aber heute im Welt und Reich des deutschen Volkes, zumal da jetzt die Internationale den Leiden des deutschen Volkes gegenübersteht. Er glaube, daß kein deutscher Sozialdemokrat die Fortsetzung mitmachen werde, sich für die Internationale rückhaltlos zu begeistern, solange das internationale Arbeiterproletariat die Erwartungen von Versailles am Körper des deutschen Volkes dalte.“

In Nürnberg sprach der Reichsfinanzminister Müller. Über den Inhalt seiner Rede trat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit:

„Die Sozialdemokratie werde unter keinen Umständen jemals mit der Deutschen Volkspartei eine Koalitionsregierung bilden. Die einzige Koalitionsregierung für alle Deutschen

notwendig gewesen, um Deutschland über die schwersten Zeiten hinwegzuhelfen. Unter Umständen könne dieser Notbehelf auch nach den Wahlen wieder eintreten. Die Gefahr der Diktatur des Proletariats sei heute geringer als die Diktatur der Schwerindustrie.“

Scheidemanns Bekenntnis zum nationalistischen Gedanken versteht uns ebensowenig in Erstaunen, wie die Erklärung Müllers, die Rechtssozialisten würden niemals daran denken, mit der Deutschen Volkspartei eine Koalitionsregierung zu bilden. Beide Neußerungen sind Geständnisse während der Wahlbewegung. Wer, wie der Reichsfinanzminister Müller, aber gleichzeitig betont, daß die Koalitionspolitik als „Notbehelf“ auch nach den Wahlen nötig sein könne, zeigt damit, daß diese Erklärung nicht sehr ernst genommen werden darf, sondern daß er geneigt ist, die Politik weiter zu treiben, die der Bourgeoisie die Geltendmachung ihrer Ansprüche ermöglicht, für das Proletariat aber nur eine Verschärfung seiner Not bedeutet.

Bankbeamtendemonstration in Berlin.

Bekanntlich führen die Bankbeamten seit einiger Zeit einen schweren Kampf mit dem Unternehmertum um Verbesserung ihrer Existenzbedingungen und um ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, das über den im Betriebsrätegesetz vorgesehenen Umfang hinausgeht, aber schon vor seinem Inkrafttreten errungen war. In zahlreichen Städten des Reiches ist es um diese Fragen in den letzten Wochen zu Streiks der Bankangestellten gekommen. Am 15. Mai, nachdem die Unternehmer abermals rücksichtslos die Verhandlungen mit den Verbänden der Bankbeamten sabotiert hatten, sollten sie über die eventl. Verhängung des Generalstreiks im Bankgewerbe beschließen. Der Deutsche Bankbeamtenverein, der mehr oder weniger auf gelbem Boden steht, lehnte seine Unterstützung ab, so daß auch der freigewerkschaftliche Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten von der Proklamierung des nun einstweilen aussichtslos gewordenen Generalstreiks absehen mußte.

Im Anschluß an die Tagung der Verbände und einer Versammlung der Berliner Bankbeamten kam es zu einem Umzug durch das Berliner Bankviertel, an dem sich viele Tausende von Bankbeamten beteiligten. Im Zuge wurden Plakate mit der Aufschrift „Die hungernden Bankangestellten“ getragen, die begreiflich ist, wenn man bedenkt, daß manche Großbanken sich nicht entblöden, Angestellte mit Monatsgehältern von 350—500 Mark bei durch Ueberstunden mächtig ausgedehnter Arbeitszeit abzulassen.

Vor den Gebäuden mehrerer Großbanken mit besonders reaktionären Verwaltungen, sowie vor dem Geschäftshaus des Deutschen Bankbeamtenvereins hielt Genosse Marx vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten kurze, begeistert aufgenommene Ansprachen, in denen er den ungebrochenen Kampfwillen der Bankproletarier verkündete. Gegen den gelben Deutschen Bankbeamtenverein, der sich nur durch seine Quertreue abermals auf die Unternehmenseite schlug, wurden heftige Verwünschungen aus den Reihen der Demonstranten laut.

Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall. Die Bankangestellten werden nun die Löhre ziehen, daß ihr Heil nur im Anschluß an die Massen des kämpfenden, des revolutionären Proletariats liegt und daß wirtschaftliche Organisationen vom Schlage des Deutschen Bankbeamtenvereins in entscheidenden Momenten stets als verkappte Schutzgruppen des Unternehmertums die Interessen ihrer Mitglieder verraten!

Aus der Provinz.

Parteigenossen!

1. Sammelt Geld für den Wahlfonds und überbringt es unverzüglich dem unterzeichneten Wahlausschuß! Rechnet umgehend mit der Bezirkseitung über die Mitgliederbeiträge und Kampffondsmarken ab! Bei allen Einwendungen ist genau anzugeben, ob es sich um Geld für den Wahlfonds oder um Abrechnungen über Mitgliederbeiträge und Kampffondsmarken handelt.

2. Alle Kreisleitungen, sowie diejenigen Ortsgruppen, die feiner Kreisleitung angegeschlossen sind, haben sofort ihren Bedarf an Flugblättern und Stimmzettel hierher mitzuteilen. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß nur soviel Wahlmaterial angefordert wird, als auch unbedingt unter der Bewilligung verteilt werden kann. Der niedrige Kassenbestand zwingt uns zu weisem Maßhalten.

3. Die kommenden Feiertage bieten jedem Genossen Gelegenheit zu einer umfassenden Flugblattaktion. Alle Breslauer Genossen, die während der Feiertage aufs Land reisen, werden dringend ersucht, dort unter ihren Bekannten nach Kräften für unsere Partei zu werben, Flugblätter und Stimmzettel mitzunehmen und zu verteilen. Das notwendige Werbematerial kann von Freitag ab im Bezirksbüro, Nitowiastraße 49/50, abgeholt werden.

4. Alle Genossen in der Provinz werden aufgefordert, die Adressen von ihnen bekannten Anhängern unserer Partei mitzuteilen, die in solchen Orten wohnen, in denen noch keine Ortsgruppen unserer Partei bestehen. Ebenso werden solche Genossen gebeten, sich selbst schriftlich oder mündlich bei uns zu melden. Wir werden ihnen dann das notwendige Wahlmaterial zusenden. Pflicht aller bestehenden Ortsgruppen und Kreisleitungen ist es, diese auf vorgeordnetem Posten für unsere Ziele kämpfenden Genossen mit Rat und Tat zu unterstützen.

5. Wahlhelfer werden schon jetzt, besonders aber am Wahltag, dringend gebraucht. Genossen, die im Interesse der Partei oder aus sonstigen Gründen am 6. Juni nicht in ihrem Wohnorte anwesend sein können, gehen ihres Wahlrechts nicht verlustig, wenn sie im Besitz eines Wahlcheines sind. Der Wahlchein wird jedem Wähler auf Antrag von der Gemeindebehörde (Guts-, Gemeindevorstand, Magistrat) seines Wohnortes ausgestellt, wenn er in die Wählerliste eingetragen ist. Er wird dann in der Wählerliste seines Wohnortes gestrichen. Der Wähler ist berechtigt den Inhaber, in jedem beliebigen Wahllokal auch außerhalb seines Wohnortes seine Stimme abzugeben. Bei der Stimmabgabe ist der Wahlchein vorzulegen und abzugeben; er muß also am Wahltag unbedingt mitgeführt werden. Anträge auf Ausstellung eines Wahlcheines können schon jetzt bei den zuständigen Gemeindebehörden gestellt werden.

6. Parteigenossen! Sorgt auch für weitestgehende Verbreitung unseres Parteiorgans, der „Schicksalen Arbeiter-Zeitung“. Gebt gelehrte Zeitungen an Freunde und Bekannte weiter und bestimmt sie zu einem Abonnement auf unsere Zeitung.

Der Wahlausschuß der D. S. P. für die Provinz Schlesien.

Breslau, den 20. Mai.

Warnung!

Seit einiger Zeit treibt eine gewisse Frau Gerson, Fürstenstr. 99, bei Frau Apotheker Freund wohnhaft, in unseren Reihen ihr Unwesen. Sie versucht beständig in Distriktsversammlungen usw. hineinzu kommen. Wir warnen dringend vor dieser Person, da sie erwiesenermaßen Spitzeldienste für die Reaktion leistet.

Haushaltsplan der Stadt Breslau für 1920.

III. (Fortsetzung.)

Dass sich als Folge dieser Politik allerhand Mißstände einstellen müssen, daß u. a. die Sauberkeit unserer Straßen nicht mehr die gleiche sein wird, daß die verschiedenen Schmutzlüge in unserer Stadt besterfalls nur in sehr viel bescheidener Art werden hergestellt werden können, daß insbesondere der Wechsel der Bepflanzung sich nicht mehr so häufig wird durchführen lassen, als bisher, darüber hat sich der Magistrat bei seinen Beschlüssen selbstverständlich niemals einer Täuschung hingelassen. Er war sich jedoch dessen bewußt, daß die Not der Zeit eine derartige Sparmaßnahme gebieterisch fordert und konnte daher ebensowenig vor der Entlassung von Angestellten zurückweichen, wie etwa davor, manch lieb gewordene Einrichtung zu vernachlässigen. Daß er daneben nichts unversucht gelassen hat, um neue Einnahmequellen für die Stadt zu erschließen, trat u. a. bei Beratung des Haushaltsplanes der Friedhofsverwaltung in Erscheinung. Hier konnte der Magistrat es sich nicht versagen, durch Verringerung der Gehaltsansätze nicht nur den ursprünglich angemeldeten Fehlbetrag von 686312 Mk. zu verringern, sondern darüber hinaus ihn in einem Ueberschuß von 42000 Mk. umzuwandeln. Auch bei der Verwaltung der Kanalisationswerke konnte — durch Erhöhung des von dem Grundbesitzer zu tragenden Anteils der Kanalgebühren von zwei Drittel auf vier Fünftel — in derselben Weise eine Verringerung des Aufschusses von 774300 Mk. auf 463000 Mk. erzielt werden. Dagegen war bei diesem Etat, anders wie bei dem der Garten- und Waldverwaltung, eine wesentliche Herabsetzung der auf 2,4 Millionen Mk. veranschlagten Ausgaben im gesundheitlichen Interesse der Stadt nicht möglich.

So viel über die allgemeinen Grundzüge, die den Magistrat bei der Beratung der Haushaltspläne der Garten-, der Markt- und der Friedhofsverwaltung und bei der Festsetzung des Etats der Kanalisationswerke leiteten. Sie auch für die übrigen, in dem Abschnitte Sicherheits- und Gesundheitspflege vereinigten Verwaltungen in dem gleichen oder doch wenigstens einem ähnlichen Umfange zur Geltung zu bringen, war schon aus dem Grunde nicht angängig, weil dort die Verhältnisse sowohl im Hinblick auf die wesentlich geringere Höhe der Gesamtausgaben, als auch im besonderen der Aufwendungen für persönliche Zwecke vollkommen anders liegen. Hier bot sich daher auch nicht die Gelegenheit, ähnliche Sparmaße zu machen. Hier mühten vielmehr, von unbedeutenden Abweichungen abgesehen, die Zuschüsse im allgemeinen in der von den Verwaltungen angemeldeten Höhe eingestellt werden, wobei allerdings zu beachten ist, daß bei einzelnen Haushaltsplänen, so der Straßenbeleuchtung und der Bedürfnisanstalten, in unmittelbaren Verhandlungen zwischen dem Kammerer und den Verwaltungen bereits vor dem Verlage der Etatsentwürfe im Magistrat teilweise recht erhebliche Abstriche vereinbart worden waren, die in der nachfolgenden Uebersicht nicht mit Berücksichtigung werden konnten.

Zusätze:

Table with 3 columns: a) nach dem Voranschläge 1919, b) nach den ersten Anmeldungen der Verwaltungen, c) nach den Beschlüssen des Magistrats. Rows include Feuerlöschwesen, Straßenbeleuchtung, Kleinwohnungsweisen, Bedürfnisanstalten, Gesundheitsamt.

Faßt man das einleitend Gesagte mit dem Inhalt der ziffermäßigen Aufstellung nochmals kurz zusammen, so kommt man dazu, den vorstehend besprochenen Abschnitt des Stadthaushaltsplanes geradezu als ein Schulbeispiel dafür zu bezeichnen, daß Sparmaße unter den heutigen Umständen außer durch Herabsetzung der persönlichen Kosten und daß umgekehrt Mehreinnahmen außer durch Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des einzelnen Betriebes und der einzelnen Verwaltung sich bestenfalls nur in durchaus bescheidenen Grenzen erzielen lassen.

Stadtverordnetenversammlung am Montag.

Der Magistrat will die Frequenzziffer in den Volksschulklassen aus Sparmaßregeln von 40 auf 50 erhöhen. Die Schüler sollen also vom Schulbesuch noch weniger profitieren als jetzt. Schon 40 Schüler sind ein Un Ding, wenn jeder wirklich belehrt und erzogen werden soll. Krieg, Sparmaßregel, Ausgaben für Sicherheitspolizei — aber Kulturpolitik ist Nebenfrage. Die Vorlage wurde dem Ausschuss überreicht. Dann wurde über das Ortsstatut über die Zwangsbeurlaubung debattiert und die Vorlage angenommen. Die Deutschnationalen, als Hüter des Luxuslebens der Begüterten, stimmten dagegen. Und so was nennt sich „Volksparlei“!

Paul Löbe und die Monarchie.

Wenn es noch notwendig gewesen wäre, zu beweisen, daß die S. P. D. keine Spur von revolutionärem Geiste besitzt, so hat es der Vizepräsident der Nationalversammlung und Vorsitzende der S. P. D.-Fraktion, Paul Löbe, in seinen Wahlplakatschriften in Friedland und Fellschamer bewiesen.

In Friedland erklärte er u. a., daß sich jeder wahre Sozialdemokrat unbedingt der Meinung der Mehrheit des Volkes zu unterwerfen hätte. Wörtlich erklärte er: „Wenn am 6. Juni aus der Wahlurne eine monarchistische Mehrheit hervorgeht, dann haben wir die Pflicht, uns dem geäußerten Willen des Volkes zu unterwerfen. Beschließt diese Mehrheit die Wiedereinführung der Monarchie, so haben wir uns zu fügen und von vorne anzufangen, um die Massen aufzuklären. Nur auf dem Wege des gleichen Wahlrechts können wir als Demokraten gegen.“

Genosse Gruschwitz trat in der Diskussion den Ausführungen Löbes entgegen und bewies unter lebhaftem Beifall der Anwesenden die Haltlosigkeit seiner Ausführungen.

Katastrophal gestaltete sich der Zusammenbruch der S. P. D. in Fellschamer. Nach Löbes Referat sprach Genosse Gruschwitz und nagelte unter großem Beifall die Ausführungen Löbes über „Demokratie und Monarchie“ fest. Als er geschlossen, zerpfückte der Kommunist Brand den Rest von Löbes Rede. Als Löbe das Schlusswort nehmen wollte, verließ die Versammlung demonstrativ den Saal, worauf Löbe erbittert hinterherrief: „Sie machen mir das Schlusswort unmöglich — ich werde Ihnen in der „Vergewahr“ die Antwort geben, die Ihnen gebührt.“

Die Diebstähle auf der Eisenbahn und die Beamten.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Erst vor kurzem mußten auf der Hauptverkefart 2 (Oder) ein Werkmeister und ein Werkführer wegen Diebstahls im Dienst entlassen werden. Aber wie langsam der Apparat arbeitet, wenn es sich um Beamte handelt, beweist dieser Fall. Vor drei vier Jahren wurde der Diebstahl aufgedeckt, und erst jetzt schritt man zur Entlassung der unehelichen Beamten. Bei Arbeitern geht der Entlassungsprozess bedeutend schneller; wenn einer als Dieb festgestellt ist, schon liegt er ohne Kündigung auf der Straße. Es darf bei Maßregelungen kein Unterschied zwischen Beamten und Arbeitern gemacht werden. Leider muß man aber konstatieren, daß dieser Unterschied gemacht wird. So ist man z. B. auf Werkstättenamt 4b wiederum einer großen Unlauterkeit auf die Spur gekommen. Aber der Spitzhube, ein Werkmeister mit Namen Pelz, ein besonders stolz tuender Reaktionsär, ist noch in Amt und Würden. Protokollarisch wurde festgestellt, daß sich dieser Herr 20 Pfingstscharen und 40 Eggenshaken aus Federstahl während der Arbeitszeit von den Bediensteten hat schmieden lassen. Es heißt immer, es wird zu wenig geleistet, die Arbeiter sind faul usw. Aber wie die Arbeiter von solchen Beamten gemißbraucht werden, weiß die Öffentlichkeit nicht. Und wo bleibt das schnelle Handeln der Direktion? Nein, es wird in diesem Fall sogar noch versucht, den Herrn zu halten. Er hat ja vor kurzem mit protestiert gegen die Entlassung der kassijischen Beamten. Aber sicherlich ohne Erlaubnis seiner Vereinskollegen, denn sie wollen von so einem Kollegen kaum etwas wissen. Gegen den Arbeiter, der die Sache in das Rollen gebracht hat, ist vorgegangen worden. Er wurde beschuldigt, gestohlenes Gut zu Hause zu haben, denn sonst wäre

die Kriminalpolizei nicht dreimal bei ihm erschienen und hätte Hausdurchsuchung abgehalten. Natürlich mußte sie unverrichteter Sache wieder abziehen. Wie lange soll der faulere Herr Pelz noch im Amte bleiben oder: soll die Arbeiterenschaft zur Selbsthilfe greifen und sich so einen Vorgesetzten vom Halbe schaffen? Im Interesse der Staatsicherheit: weg mit diesem Menschen.

Studenten.

Die hiesigen kassijischen Zeitungen („Schlesische Zeitung“ und „Schlesische Tagespost“) sind furchtbar entsetzt über die Vorgänge am letzten Sonntag auf der Schweidnitzer Straße, wo einige Couleurstudenten (Kassijisten, Zeitfreiwillige) von Arbeitern etwas unanständig angefaßt worden sind; die beschuldigte Erregung der Arbeiterchaft gegen die „gebildeten“ Kassijlinge entließ sich eben mal, aber diese „Verbrechen“ stehen in gar keinem Vergleich zu den tierischen Verbrechen der buchstäblich Wölfen in den Mänteln, wo sie mit Werkzeugen hantieren. Zur Illustrierung der völligen Verkommenheit der nationaljischen Studenten berichten wir nachstehend über einen Universitätsstandal, der sich in Frankfurt a. M. abgepielt hat. Die „Breslauer Zeitung“ schreibt darüber:

„Professor Hugo Sinzheimer, der bekannte sozialdemokratische Parlamentarier, Mitglied der Nationalversammlung und des Untersuchungsausschusses, hielt in der Frankfurter Universität seine Antrittsvorlesung. Dabei kam es zu einem Tumult unter dem Auditorium. Eine Gruppe deutschnationaler Studenten versuchte die Vorlesung zu unterbrechen, indem getampelt wurde. Auch ist eine Erklärung der deutschnationalen Studentenschaft erschienen, in der es u. a. heißt: „Wir sind erbitterte Gegner des Herrn Sinzheimer und werden jede Gelegenheit wahrnehmen, diesem Gefühls Ausbruch zu geben. Wir versagen ihm unbedingt und ohne Rücksicht auf seine etwaige Bedeutung als Wissenschaftler nach der Lächerlichkeit, um nicht zu sagen unwürdigen Rolle, die er als homo politicus in unserem Vaterlande gespielt hat, jede persönliche Achtung. Wir empfinden seine Berufung zum Lehrer an der Frankfurter Universität als Beleidigung der nationalen Studentenschaft.“ Und diese Sippchaft ist entsetzt, wenn sie mal von Arbeiterkäufern ein bißchen geschüttelt wird.

„Sozialistische“ Antisemiten.

Sonntag, den 16. Mai fand im Gewerkschaftshaus eine rechtssozialistische Beamten- und Lehrerverammlung statt, in der Berg, Seppelt und Pelz referierten. Jeder Redner erhielt Beifall. Aber o weh! Als ein Beamter erklärte, die Beamten hätten schon längst den Weg zur Sozialdemokratie gefunden, wenn nicht so viel Juden in der Partei wären und er fortfuhr, schmeißt die Juden hinaus, dann kommen auch die Beamten zur Sozialdemokratie“, raste ein Sturm „der Begeisterung“ durch den Saal. Antisemitismus und Sozialismus; Herr bergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.

Druckfehlerberichtigung.

In dem Artikel: „Die Kollidenden“, Nr. 53 der „Schles. Arb.-Ztg.“ vom 18. Mai muß es 1. auf der 3. Zeile heißen: ist zu bekannt; 2. auf der 5. Zeile: darauf hinweisen; 3. auf der 17. Zeile: der Monarchie und der Kirche.

In dem Artikel: „Ein Spießstreich in Sangerhausen“ muß es auf der 14. Zeile heißen: außer dem Führer der S. P. D.

Ringkämpfe im Zirkus Busch.

Zwei wichtige Entscheidungskämpfe standen vorgestern auf dem Programm, von denen allerdings nur einer die Entscheidung brachte. In dem ersten Kampf hatte Schikat den Oberschiefer Lonzig zum Gegner. Infolge der originellen Anfrischung von Lonzig hatte diese Begegnung mehr den Anstrich eines humoristischen Ringkampfes, der an die Lachmuskel des vollbesetzten Hauses große Anforderungen stellte. Schließlich siegte aber doch die bessere Technik Schikats. Dann erstickten Saft und Thompson auf der Kampfstätte. Für Saft wurde dieser Kampf einer mit der Schweren, den der Breslauer je zu bestehen hatte. Der Keger war fast dauernd in der Offensive und Saft mußte alle Vorzüge waltzen lassen. Nachdem beide Gegner nahezu drei vier Stunden ihre Kraft und Geschicklichkeit aneinander gemessen hatten, setzte die Polizeistunde dem gegen Schluß völlig ausgeglichene Kampfe abermals ein Ende.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“. Wir verweisen auf die am Freitag, den 21. d. Mts., stattfindende Generalversammlung. (Näheres im heutigen Inseratenteil.)

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski; für die Inserate Fritz Ulrich; Druck: Buchdruckerei Päßel & Danigel, sämtlich in Breslau.

In den Fabriken, Werkstätten, und Kontoren muß jeder Genosse neue Leser für die „Schlesische Arbeit-Zeitung“ werben!

Emil Facke. Sanitosen-Großhandlung. Breslau, Seidstr. 77. Großes Beliebtheit erfreuen sich meine besonders empfehlenswerten Marken: Rognac, Hausbrand, Scher Weinbrand 39/40%, Feiner Deutscher Rognac, Weinbrand 38/39%, Gleichzeitg offeriere ich Feinbranntweine, Doppel-Liköre (ohne Scharin), Jambala-Rum-Vorbrannt. Die Weine in bekannter Güte.

Dem werten Publikum von Breslau-Odertor die ergebene Mitteilung, daß ich Bismarckstrasse 13 eine Verkaufsstelle (Ladengeschäft) für meine Fabrik-Fabrikate eröffnen habe. Durch den direkten Bezug will ich es auch dem minderbemittelten Raucher ermöglichen, für billiges Geld gute Zigarren zu rauchen. Außerdem werde ich gute preiswerte Zigaretten und Rauchtakab führen. F. W. Radler Zigarren-Fabrik. Zweigniederlassung Breslau.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgeg., e. G. m. b. H. Hauptkontor: Lauenburgerstraße 127/133. Fernruf: Ring 4668. Freitag, den 21. Mai 1920, abends 8 Uhr: Ordentliche Generalversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses in Breslau, Margaretenstraße 17. Tagesordnung: 1. Bericht über das laufende Geschäftsjahr bis zum 31. März 1921. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 3. Erhöhung des Eintrittsgeldes, des Geschäftsanteils und der Postsumme. Jedes Mitglied besuche in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung diese Versammlung. Legitimationskarte ist am Eingang vorzulegen. Der Aufsichtsrat: J. H. M. Todus.

Öffentliche Volks-Versammlung der Kommunisten am Freitag, den 21. Mai 1920, abends 7 1/2 Uhr. im Schießwärdersaal. Thema: Die sozialistischen Parteien und die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Friesland-Berlin. R. P. D. (Spartakusbund), Ortsgruppe Breslau.

1. ordentliche Generalversammlung am Freitag, den 28. Mai 1920, abends 7 Uhr, im kleinen Saale des Zentral-Saals, Westendstraße 50/52. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Vorlegung der Bilanz. 4. Genehmigung der Bilanz. 5. Entlastung des Vorstandes. 6. Entlastung des Aufsichtsrates. 7. Ergänzungswahlen zum Vorstande. 8. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat. 9. Verschiedenes. Eintritt nur gegen die Sparsache. Sozialistischer Verlag, eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung. Der Vorstand: Edert. E. Kunil.

Radfahrer Achtung! Große Posten (auch einzeln) prima Mäntel und Schlauche (Excelsior, Dunlop und Liga) sowie Fahrräder zu Fabrikpreisen sofort lieferbar per Nachnahme. Reinhold Daxler, Fahrrad- u. Nähmaschinen-Hdlg., Reichensack 1. Schl., Neudorferstr. 31.

Achtung! Distrikt 4. Achtung! Selbsthorst. 21 bei Adelung. Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr: Distriktsversammlung. Ref. Genosse Nowak. Vollständiges Erscheinen erwünscht. Der Distriktsführer. Distrikt 7a. Heute abend 7 Uhr Distriktsversammlung bei Genoss. Reichensack.

Distrikt 6. Schmgartenstraße 91/93. Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentliche Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Bezirksparteitag. 2. Die Stellung der Frauen zu den kommenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse Lehrer Proste. 3. Verschiedenes. Alle Genossen werden ersucht, ihre Frauen, Töchter, Freundinnen und Bekannten mitzubringen. Mindestens muß alle erscheinen. Der Distriktsführer.

Distrikt 7. Freitag, den 21. Mai, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Der Vorstand.

Stadttheater.
Donnerstag 6 Uhr:
Die Frau ohne Schatten.
Freitag 7 Uhr:
Soffmanns Erzählungen.

Lobe-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eufem.

Chalia-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Anatol.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. T. N. 2545
Donnerstag u. Samstag 7 1/2 Uhr:
Die Frau Ministerpräsident.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Fledermaus.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Montag nachm. 3 1/2 Uhr:
Schwarzwalddübel.

Viktoria-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Mädel aus dem Paradies.

Figaro-Theater
Bischofstraße 4/5
Fernspr. Ohle 1769.
Tägl. abends 7 1/2 Uhr:
Die Pfarrhauskomödie
von H. Lautensack
und das
vollständige neue
Mai-Programm.

LIEBICH-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Senff - Georgi
Humoristische Vorträge
5 Ballast-Schleuderbrett-Akrobaten.
Hermann Strebel
Humorist
und das große
Mai-Programm.

Zeltgarten im herrl. Garten.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Harry Bienenstein
in
Schirmhändler Schmitz.
Vorher die glänzenden
Spezialitäten.

Ober-Bayern
Gartenstr. 65
Anfang
Neue Kapelle
6 Uhr
Täglich Konzert
Hornen-Streich-Orchester
Dir. P. Schmitz.

ZIRKUS BUSCH
Täglich 8 Uhr
Ringkämpfe
Konzertbeginn 7 1/2 Uhr:
Nach dem arktischen
Variete-Programm

Neudorfstr. 35
Dir. L. Scholz.
Zwei gewaltige Schlager
ab Freitag bis Montag
Totentanz
Erschütternd-Liebes-Tragödie
voll sensationeller Handlung
mit Werner Kraus und
Sascha Gura in 5 Akten.
Charlotte Böcklin
in dem spannenden Drama
Das
goldene Buch
Ein Großstadtdokument von
heute und ebendem
in 4 Akten.
Der
Alarmtopf
Lustspiel voll tollen Humors
in 2 Akten.

Kranke
Harndrüsen-, Haut- und Geschlechtskrankheiten behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von ausgeheilten Patienten.
Heilkundiger Fr. Jeschke, Palmstr. 22, II. Tel. Ohle 1924. 9-1, 3-7, Sonntags 3-12.

Kabarett
Kakadu
Nikolaistr. 65/68. Dir.: K. Wengrzik.
Wochentags: Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt.: Anf. 6 Uhr.
Das glänzende Mai-Programm.

M. Gadatsch Festsäle (früher Weide, Pöpelwitzstr. 23)
Morgen Freitag sowie jeden Sonntag
Grosser öffentl. Tanz
Schleifen- u. Tourantanz. Anfang 5 Uhr.
Für Vereine sind noch Sonnabende zu vergeben.

Schöne helle Schlafzimmer
bestehend:
1 Schrank, 1 Waschkommode mit Platte und Spiegel, 2 Bettstellen mit Patentauflegematten und Kissen, 2 Nachttische mit Platte
Max Giesel
Brüderstr. 23.

Herz Stiefel
Ludwig Herz
Breslau,
Blücherplatz Nr. 4

Militär-
Mäntel, Blusen, Hosen, neu und gebraucht; Neue gute Entlohnungs- u. feldgr. Anzüge; Neue Stiefel u. Schuhe
Max Hadamek,
Breslau V,
Brandenburgerstr. 9 III.
Geöffnet bis 7 Uhr abds.
Sonntags geschlossen.

Jede Frau
verl. Aufführung iib. meinen neuesten 8 mal patentiert.
idealen
Frauenstich H
30 Pf. Mühlporto beilegen
Verwandhaus
Frau C. Helbing
Breslau 10, Kohlenstr. 13

Nebenverdienst!
lobend f. Jedermann, auch Kriegsvet. u. Witwen, ohne Vorkenntnis. Prosp. gratis u. franko. Anfragen an E. Sprenger, Spine D/S., Schützenstr. 14 a.

Zum
Schuhverkauf
gehen Sie in den
Warenhandel
Gneisenaustr. 4
Spezialität
in Maßarbeit

Achtung! Wo?
kauft man neue und geb. Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten?
Bei **H. Kluge,**
Neumarkt 12, nur I. Etg.
Händlerpreisliste gratis
P. Heiter, Nikolaistr. 16/17

Der Gipfel ist überschritten
Die steigende Valuta erlöst
uns aus unser Kleidernot. Ich biete meiner verehrten Kundschaft = außergewöhnliche Vorteile =

Herren-Anzüge von Mk. **385** =
Burschen-Anzüge von Mk. **250** =
Sport-Paletots (Loverall) von Mk. **500** =
Gestreifte Hosen, haltbare Qualitäten in allen Preislagen.

N. Steinitz jr.
Altbekanntes Spezialgeschäft für Herren- und Knaben-Garderoben
nur Albrechtstraße 57
2tes Haus vom Ring

S. Guttentag
BRESLAU
Altbüßerstraße 5, I.-III. Ecke Ohiauer Straße

Erstes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung
fertig und nach Mass
Empfehle meine **stets großen gutsortierten Läger** in
Herren- und Jünglingsanzüge Sportpaletots Herrenbeinkleider Herrenwaschanzüge Cutaways

Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang

Vom billigsten bis zu den eleganten Genres

Die bekannte Leistungsfähigkeit meiner Firma kommt daher, = daß nur selbstverfertigte Sachen zum Verkauf gelangen. =

Neu eröffnet!
SPEZIAL-ABTEILUNG für
Kinder-Waschkleider
Reiche Auswahl in kleidsamen Formen in weißen und farbigen Waschstoffen für das Alter von 1 bis 14 Jahren =
Besonders preiswert:
Dirndel-Kleider
Eigenes Fabrikat
Länge 45-90 cm, Mk. 58.50 bis 124.-

Seinenhaus Bielschowsky
Breslau
Nikolaistraße 74/76, Ecke Herrenstraße



Möbel
kaufen Sie gut und billig bei der altbewährt. Firma (gegr. 1885)
Paul Fahuroth
Breslau 2
Neudorfstrasse 13.

+Frauen+
verlang. sofort bei tranthafter **Periodenstörung** und Unregelmäßigkeiten meine altbewährt Präparate. **Biele frei. Versandreib. Preis Mk. 9.- u. 15.-.**
Ferner empfehle:
Gumminaren für Damen und Herren, Zählspiegel, Irrigatorien, Leib- u. Mundbinden. Kat. kostentl. geg. 100-Pf.-R.
Frau A. Gebauer
Breslau 6, Ur. Defauer Straße 1, II. Ecke Friedr.-Wilh.-Str. 86.

Gumminaren Leibes-, Mund-, Zahn-, Hals-, Brust-, Darm-, Harn-, Blasen-, Nieren-, Gicht-, Rheuma-, Frauen-, Kinder-, etc. etc.
H. Klose,
Breslau I, Nikolaistr. 73. 2. Stock vom Ring.

Achtung! Genuss!
Kauf Ihre Zigaretten, Zigaretten u. Tabake nur **Friedrich-Wilhelm-Str. 18, Haus für** nur Qualitätswaren billig! Verkauf auch m. Kasse!

Herrenstoffe! Damenstoffe!
Zuch-Handlung
H. Korb
Seltene Stoffe 14. I. Str.

Messow Wäldschmidt
G.m.b.H.

Kakaoshalen Pfd. 1,70	Rote Speiserüben 10 Pfd. 1,70
Zitronen Stück 0,55 0,45	Apfelmus 2 Pfund-Dose 4,70

Wacht Abonnenten für die „Eifel-Arbeiter-Rettung“.